

Kritik an Onlinepranger von Politaktivisten

CHEMNITZ (AFP) - Der Onlinepranger der Künstlergruppe Zentrum für politische Schönheit zur Identifizierung von Teilnehmern rechter Aufmärsche in Chemnitz ist auf Kritik gestoßen. Der Geschäftsführer des Deutschen Kulturrats, Olaf Zimmermann, sprach am Dienstag von einer „problematischen Kunstaktion, die nicht zur Aufklärung beiträgt, sondern nur der Spaltung unserer Gesellschaft weiter Vorschub leistet“.

Zahl des Tages 278 neue Bürgerbegehren, Ratsreferenden und Bürgerentscheide gab es 2017 - das waren 15 Verfahren weniger als 2016 und 70 weniger als 2015.

Kurz berichtet

Zschäpe könnte nach Chemnitz verlegt werden

MÜNCHEN (lby) - Beate Zschäpe, die im NSU-Prozess zu lebenslanger Haft verurteilt wurde, könnte in absehbarer Zeit von München in die JVA nach Chemnitz verlegt werden. Dies ist eine von zwei Möglichkeiten, die nach Angaben aus Justizkreisen derzeit geprüft wird.

Hunderte Rechtsextremisten entziehen sich Verhaftung

BERLIN (dpa) - Hunderte Rechtsextremisten sind bundesweit auf freiem Fuß, obwohl Haftbefehle gegen sie vorliegen. Das geht aus der Antwort des Innenministeriums auf eine parlamentarische Anfrage der Linken hervor.

Union unterstützt Pläne zu Freiwilligendiensten

BERLIN (KNA) - Der Vorstoß von Familienministerin Franziska Giffey (SPD) zum Ausbau der Jugendfreiwilligendienste trifft beim Koalitionspartner CDU/CSU auf Zustimmung.

Bahceli kritisiert Russische Islamkonferenz

ISTANBUL (AFP) - Der türkische Nationalistenführer Devlet Bahceli hat Kritik an der Deutschen Islamkonferenz und der Forderung nach einem „Islam für Deutschland“ geäußert.

Digitalpakt spaltet die Parteien

Südwest-Bundespolitiker wollen Grundgesetz ändern - Landespolitiker wehren sich

Von Kara Ballarin

STUTTGART - Baden-Württembergs Rebellion gegen den Bund trägt Früchte: Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) will sich nicht von Berlin in die Bildungshoheit reinregieren lassen - und hat in den unionsgeführten Ländern Bayern, Hessen, Nordrhein-Westfalen und Sachsen bereits die dafür nötigen Unterstützer gefunden.

Der Bundestag hat die Änderung bereits beschlossen, durch die der Bund den Ländern fünf Milliarden Euro für die Digitalisierung der Schulen geben möchte - mit den Stimmen von CDU/CSU, SPD, Grüne und FDP.

Eith spricht von einem Dilemma Der Freiburger Politikwissenschaftler Ulrich Eith bezeichnet den Widerstand aus Sicht der Länder als nachvollziehbar. „Der Bund will ja nicht nur Geld geben, sondern fordert Steuerungsmöglichkeiten und Ko-Finanzierungen durch die Länder.“



Durch die Änderung will der Bund den Ländern fünf Milliarden Euro für die Digitalisierung der Schulen geben - doch der Streit um die Grundgesetzänderung überlagert das Thema.

Jahrzehnten leben.“ Dieser Widerspruch zeigt sich auch an den Positionen der Politiker derselben Parteien. Winfried Kretschmann und Kultusministerin Susanne Eisenmann (CDU) führen die Rebellion an und haben dafür Rückendeckung von den grün-schwarzen Regierungsfractionen im Land.

Die Sigmaringer Landtagsabgeordnete Andrea Bogner-Unden

(Grüne) betont: „Der Föderalismus ist eingerichtet worden, um den Ländern die Kompetenzen zu geben, in denen sie besser sind als der Bund“ - etwa in der Bildungspolitik. Sie äußert großen Respekt für ihre Parteifreundin Margit Stumpp aus dem Wahlkreis Aalen-Heidenheim.

lässt sie nicht gelten. Zu viel Bürokratie durch die Berichtspflichten der Länder, wie Kretschmann kritisiert? „Genau das macht das Land auch mit den Kommunen. Es ist doch ein völlig normaler, gegenüber den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern verantwortlicher verwaltungsrechtlicher Vorgang.“

Städte fürchten Machtverlust

Warnung vor eingeschränkter Länderhoheit

MANNHEIM (lsw) - Der Städtetag Baden-Württemberg sieht eine Grundgesetzänderung für den milliardenschweren Digitalpakt für Schulen kritisch. Ein solcher Beschluss würde nicht nur die Länderhoheit in Bildungsfragen, sondern auch die kommunale Selbstverwaltung einschränken.

Für den Südwesten werden dafür 650 Millionen Euro in Aussicht gestellt. Immer mehr Länder jedoch lehnen die vom Bundestag bereits beschlossene Grundgesetzänderung ab, darunter Baden-Württemberg.

Bundesrat mit Zwei-Drittel-Mehrheit zustimmen.

Eine Machtverschiebung von den eigenständig agierenden Kommunen in Richtung Bund führe zu noch längeren Entscheidungswegen in der Bildung, gab Brugger zu bedenken.



Norbert Brugger, Bildungsexperte des Städtetags.

THEMA des Tages

KMK-Chef wirbt für Abkommen

Der Präsident der Kultusministerkonferenz (KMK), Helmut Holter, hat dafür geworben, eine lang angelegte Bund-Länder-Vereinbarung zur Digitalisierung von Schulen auf den Weg zu bringen.



Helmut Holter FOTO: DPA die Bund-Länder-Vereinbarung zum Digitalpakt so, wie sie jetzt gemeinsam erarbeitet wurde, auch durch die Kultusministerkonferenz bestätigt wird“, sagte der Linke-Politiker der Deutschen Presse-Agentur in Erfurt.

Zukunft des Abrüstungsvertrags hängt von Russland ab

Nato-Außenminister fordern vom Kreml, sich wieder an das INF-Abkommen zu halten - Brugger fordert mögliche Abkehr von Nord Stream 2

Von Daniel Hadrys und AFP

BRÜSSEL/RAVENSBURG - Die Nato hat Russland die Verantwortung für den Fall eines Scheiterns des INF-Abrüstungsvertrags zugewiesen. Nach dem geplanten Austritt der USA wegen Verstößen Moskaus gegen das Abkommen sei die russische Regierung „am Zug“ und müsse die Regeln des Vertrags wieder einhalten.

Russlands Verletzung des Vertrags über das Verbot von atomaren Mittelstreckenraketen „höhlt die Grundlagen einer effektiven Waffenkontrolle aus“, erklärten die Minister der 29 Nato-Staaten.

heit der Bündnispartner und sei Teil von Russlands „allgemeinem Verhaltensmuster“, dessen Ziel die Schwächung der transatlantischen Sicherheitsarchitektur sei.



Russlands Präsident Wladimir Putin. FOTO: DPA

betonen die Minister. Es sei „nicht tragbar“, dass Washington und andere Staaten das Abkommen respektieren, während Russland dagegen verstoße. Die USA und die Nato werfen Russland vor, den Vertrag durch ein neues Raketenprogramm zu verletzen.

Agnieszka Brugger, sicherheitspolitische Sprecherin der Grünen-Bundestagsfraktion, hält einen möglichen Ausstieg der USA für falsch. Dieser sei eine „gefährliche Schlussfolgerung“ aus dem Vertragsbruch Russlands, sagte die Ravensburgerin im Gespräch mit der „Schwäbischen Zeitung“.

Brugger forderte darüber hinaus eine gemeinsame Antwort der europäischen Staaten auf Russland. „Wladimir Putin bricht immer wieder die Regeln unserer gemeinsamen internationalen Ordnung“, sagte Brugger.

Globale Herausforderungen, wie ein Ende der Gewalt in Syrien und eine Rettung des Atomabkommens mit dem Iran, könnten nur gemeinsam mit Russland gelingen.

Zur Person Ex-Lobbyist

Andrew Wheeler ist amtierender Direktor der amerikanischen Umweltbehörde. Er gilt als auffälliger Technokrat - der zu kassieren versucht, was Ex-Präsident Barack Obama umweltpolitisch auf den Weg gebracht hatte. Nach dem Willen des amtierenden US-Präsidenten Donald Trump soll der 53-Jährige demnächst für den Ministerposten an der Spitze der Environmental Protection Agency (EPA) nominiert werden.



Andrew Wheeler soll US-Umweltminister werden. FOTO: AFP

Außerdem sorgte der Lobbyist Wheeler dafür, dass die Anliegen von Murray Energy, eines der größten Kohleunternehmen des Landes, auf der Agenda des Weißen Hauses weit oben rangierten. Zwei Monate nach Trumps Amtsantritt ließ der Murray-Konzern dessen Stellvertreter Mike Pence eine Art Wunschzettel zukommen.

Bevor er sich Faegre, Baker, Daniels anschloss, gehörte der aus Ohio stammende Jurist Wheeler zum Stab des republikanischen Senators James Inhofe, der wie kaum ein anderer für die Leugnung des vom Menschen verursachten Klimawandels stand.

Frank Herrmann

Russland gibt Blockade teilweise auf

Russland hat damit begonnen, Schiffen den Zugang zu ukrainischen Häfen am Asowschen Meer zu gestatten - ein möglicher Schritt zur Entschärfung der Krise zwischen den Ländern. Der ukrainische Infrastrukturminister Wolodymyr Omeljan erklärte am Dienstag, Moskau habe die Blockade der Hauptthäfen Mariupol und Berdjansk teilweise aufgehoben.